

## **Beschluss des Landrats vom 16.09.2021**

Nr. 1074

### **27. Dauer von Infrastruktur-Projekten** 2021/191; Protokoll: mko

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) beantragt die Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) bedankt sich bei der BUD für die wirklich vollständige Beantwortung seiner Fragen, was auch schon anders war. Es scheint eine gute Basis für das Verständnis des ziemlich signifikanten Problems zu geben. Kurz zusammengefasst: Der Kanton Baselland hat in den letzten 3 vollen Jahren (2018 bis 2022) sage und schreibe 1 Projekt zustande gebracht, in das über CHF 20 Mio. investiert wurde. 1 Projekt! Gleichzeitig ist man im Moment an der Planung von 25 Projekten in der Kategorie über CHF 20 Mio. In 1 Jahr! Insgesamt beläuft sich die Investitionssumme dafür auf über CHF 1 Mrd. Es braucht nicht viel Mathematikkenntnisse, um herauszufinden, mit was sich die Verwaltung beschäftigt – nämlich nicht mit der Umsetzung von Projekten, sondern mit Planen, und zwar in einem Faktor von etwa 1:20. Das ist doch ziemlich krass. Im Hoch- und Tiefbau werden intern CHF 20 Mio. bis 30 Mio. an internen Kosten für die Planung ausgegeben. Im Moment muss man feststellen, dass der Prozess, um Investitionen auf den Boden zu bringen, hier extrem teurer und ineffizienter ist. Mit Blick auf die Steuerzahlenden ist es extrem wichtig und dringlich, dass man sorgfältig hinschaut, was sich gegen diesen ineffizienten und selbstbeschäftigenden Prozess unternehmen lässt. Denn darunter leiden alle – Benutzer, Verwaltung, Planer, Politiker. Aus Sicht des Votanten ist das Problem so gravierend, dass man in diesem Dschungel von rechtlichen und politisch-prozessualen Abläufen kaum selber in der Lage sein wird, den wirren gordischen Knoten zu entwirren, der dazu führt, dass zu gewissen Projekten mittlerweile die 16. Vorstudie läuft (siehe Knoten Angenstein). Das dient weder den Autofreunden noch den Ferrosexuellen oder den Velofreaks, denn am Schluss kommt kein einziges Projekt auf den Boden. Der Kanton ist hier wirklich in einem «doomed process» gefangen, der dringend hinterfragt werden muss.

Es ist möglich, die Prozesse besser zu verbessern. Es muss aber auch sichergestellt sein, dass die Transparenz grösser wird und die Beteiligung der Bevölkerung gewahrt bzw. besser wird. Im Moment werden für alle Investitionsprojekte rund 100 Planer zwischen staatlichen Stellen hin und her geschoben, ohne dass etwas entsteht. Das ist kein Zustand.

Deshalb ist der Votant sehr dankbar für die Beantwortung seiner Interpellation, die das Problem mit Zahlen und für jeden nachvollziehbar transparent gemacht hat. Das Verschwenden der Planungsgelder hat nicht damit zu tun, dass die Verwaltung Mist bauen würde. Das Problem ist der Prozess als Ganzes, der nicht gut ist.

Klaus Kirchmayr spricht **Rolf Blatter** (FDP) aus dem Herzen. Es ist in der Tat schade, dass es im genannten Zeitraum nur ein einziges Projekt geschafft hat, nämlich den Zubringer Pfeffingerring. Klaus Kirchmayr sagte aber selbst, dass die Ursache dafür nicht in der Verwaltung liege. Weiss er denn eine Lösung für das Problem? Der Votant glaubt, dass es der direkten Demokratie geschuldet ist. Bei all den Projekten im Infrastrukturbereich, wo es um grosse und teure Themen geht, fühlen sich alle möglichen Kreise berufen, sich vernehmen zu lassen und eine weitere Schlaufe zu ziehen. So wie sich die Gesetzeslage im Moment präsentiert, scheint es aber keine andere Lösung zu geben.

**Felix Keller** (CVP) sagt, dass Klaus Kirchmayr auch ihm aus dem Herzen gesprochen habe. In der von ihm genannten Liste sticht der Zubringer Allschwil mit seinen CHF 370 bis 420 Mio. ins Auge. Das Projekt kennt der Votant schon seit den 1970er Jahren, das damals noch Bestandteil der Nordtangente war. Als er später (vor weniger als 20 Jahren) als frisch gewählter Einwohnerrat realisierte, was am linksufrigen Bachgrabengebiet alles entstehen soll, hob er schon damals seinen Finger und warnte davor, dass man zuerst die Erschliessung des Gebiets an die Hand nehmen müsste. Mittlerweile wachsen die wirklich tollen Hochbauten aus dem Boden und sind bezugsbereit – einzig die Erschliessung, die fehlt. In der Tat hapert es bei den Tiefbauprojekten. Dort müsste man schneller vorwärtsmachen. Von daher freut es den Votanten, dass der Regierungsrat Isaac Reber vorwärtsmachen möchte. Es ist zu hoffen, dass noch dieses Jahr ein Papier dazu auf den Tisch kommt, das dann auch spruchreif wird. Und dass man sich dann bald einmal auf den Spatenstich freuen kann.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) wurde von Rolf Blatter gefragt, ob er eine Lösung wisse. Der Votant könnte sich zumindest vorstellen, in welche Richtung diese ginge. Anders als Rolf Blatter glaubt der Interpellant nicht, dass es ein Preis der direkten Demokratie ist, denn in den nordischen Ländern zum Beispiel geht das anders, schneller und mit mehr Partizipation der Bevölkerung. Prozesse sind möglich.

Macht man sich einmal die Mühe, in die entsprechenden Gesetze einzusteigen, stellt man fest, dass auch hierzulande auf Gesetzesebene ein anderes Vorgehen gar nicht so unmöglich ist. Man hat hier eine Kultur entwickelt, die einen Weg über Vorstudien zu Vorstudien nimmt, die jeden Landbesitzer und alle erdenklichen anderen Beteiligten einbezieht. Am Schluss besteht noch die Möglichkeit, das Ganze via Parlament und Referendum vors Volk zu bringen – bevor es unter Umständen vor Gericht landet. Dies nimmt man hierzulande als gottgegeben hin. Es gibt jedoch durchaus Länder, die mindestens so demokratisch sind wie die Schweiz, und die zeigen, dass es anders möglich ist. Der Prozess hier ist derart verkorkst, dass es wahrscheinlich sinnvoll wäre, eine Aussensicht auf die ganze Thematik zu erhalten, um herauszufinden, ob man in dieser Hinsicht nicht auch gescheiter werden kann.

**Urs Kaufmann** (SP) findet das Votum von Klaus Kirchmayr doch ziemlich vereinfachend und plakatig. Einen Lösungsansatz hat der Votant darin auch nicht gefunden. Man muss doch klar sehen, dass die Schweiz sehr kleinräumig ist und die drei Ebenen (Bund, Kanton und Gemeinden) eng miteinander verzahnt sind. Man könnte zahlreiche der angesprochenen Projekte hervorholen, die dies erkennen lassen, zum Beispiel die Umgestaltung der Rheinstrasse. Dort reden alle drei Ebenen mit, weil auch der Bund mitfinanziert und die Frage zu klären wäre, wie weit dieser, nachdem die A22 zum Bund übergegangen ist, die Anschlüsse bis zur Rheinstrasse mitfinanziert etc., während die Gemeinde ebenfalls beteiligt ist. Kleinräumigkeit und Föderalismus sorgen häufig dafür, dass Hürden aufgebaut werden. Es gibt nach Meinung des Votanten keine einfache Vision, die es erlauben würde, einen Prozess umzustellen, weil man dann einerseits – wie auch von Rolf Blatter ausgeführt – die demokratischen Rechte beschneiden würde. Andererseits müsste man das föderale System ziemlich ausmisten, um wesentlich schneller zu werden. Die genannten Staaten im Norden sind flächenmässig wesentlich weniger dicht bebaut und weisen erheblich weniger eng-räumige Verzahnungen der unterschiedlichen Strukturen auf. Ein Blick in diese Länder ist nicht wirklich hilfreich, um nach Lösungen für die Schweiz zu suchen. Der Votant ist sehr skeptisch, dass damit in der Praxis gross etwas geändert werden kann.

Ein grosses Problem im Kanton sind aber die mangelnden Stellen. Der erfolgte Stellenabbau in den Planungsabteilungen war ein grosser Fehler. Dieser musste kompensiert werden, was einem aufgrund der fehlenden internen Ressourcen einen Zeitverlust einhandelte. Diesen Punkt hat man glücklicherweise, wenn auch sehr spät, erkannt.

**Marco Agostini** (Grüne) sagt, dass die direkte Demokratie in diesem Fall vielleicht gerade gut ist, weil dann zugehört wird, was die Bevölkerung sagt. Möglicherweise hat diese irgendwann genug und möchte nicht, dass ständig neu gebaut wird. In Pratteln zum Beispiel, das der Votant letzthin durchfahren hat, ist das ganze Dorf eine riesige Baustelle. Irgendwann reicht es den Leuten. Ihnen muss man zuhören. Wenn sie von bauen, bauen, bauen und versiegeln, von grösser, breiter und so weiter genug haben, muss man die Ohren spitzen und ihnen zuhören. Dafür ist die direkte Demokratie sehr gut. Vielleicht weckt sie die Politik auch auf.

**Peter Hartmann** (Grüne) findet den von Urs Kaufmann erwähnten Rückbau der Rheinstrasse ein schlechtes Beispiel. In der Abstimmungsvorlage über dieses Vorhaben hiess es wörtlich: «Die Rheinstrasse wird unmittelbar nach Inbetriebnahme der neuen Hochleistungsstrasse zurückgebaut». Was ist passiert? Es kam ein neuer Vorstoss und es wurde entschieden, sie doch nicht zurückzubauen. Vielleicht müsste man sich soweit disziplinieren, dass wenn man einmal etwas entschieden hat, nicht kurze Zeit später mit dem nächsten Vorstoss das komplette Gegenteil davon macht.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---